

Der Halle vierteljährlich 2.50 M., bei
vierteljährlicher Bezahlung 2.75 M., durch
die Post 3.25 M., einschließlich Postgebühren.
Bestellungen werden von allen
Nachgeschäften angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Die unvollständigen Abonnements
werden keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit Genehmigung;
„Saale-Zig.“ gestattet.

Verleger der Redaktion Nr. 1149;
Verlagsstelle Nr. 176; Redaktionsstelle
(Postamt 24) Nr. 2206.

Saale-Zeitung.

Verleger: J. J. J. J.

werden die Spaltenpreise oder deren
Stamm mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von untern Kinnahmenstellen
und allen Anzeigen-Expeditoren an-
genommen. Bekanntlich die Seite 75 Pfg.

Einzelne Hefen kosten 1 Pfennig;
Sonntags und Feiertags einmal,
sonst gewöhnlich 1 Pfennig.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Sandbühlstraße 17;
Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 253.

Halle a. d. Saale, Freitag, den 1. Juni

1906.

Für die Reiseabonnements
auf die „Saale-Zeitung“. Wir senden
für kürzere Zeit täglich einmal die er-
scheinenden Nummern unter Streifenband
nach allen Orten und berechnen dafür im

Wochenabonnement

für Deutschland und Oesterreich 70 Pf.
für die übrigen Länder des Weltpostvereins 1 Mark.

Abonnenten zahlen für tägliche Nachsendung eines
Exemplars direkt per Kreuzband innerhalb Deutschlands
und Oesterreichs wöchentlich 40 Pf., nach dem Ausland
(Länder des Weltpostvereins) wöchentlich 70 Pf.

Bei Ausfertigung von über 3 Wochen an einem Orte
empfiehlt sich Postüberweisung der Zeitung. In diesem
Falle wolle man sich rechtzeitig, und zwar wenn jede
Unterbrechung vermieden werden soll, mindestens
4 Tage vor der Abreise an die Expedition
wenden. Für die Überweisung nach einem Orte Deutsch-
lands oder Oesterreichs sind für jeden Monat oder einen
Teil desselben 30 Pf. zu zahlen. Vor Verlassen oder
Wechsel des Aufenthalts muß der Bezogher der besteu-
erten Postanstalt Mitteilung machen und die Abmeldung
bzw. Rücküberweisung der Zeitung beantragen. Kosten
erwachsen hierdurch nicht.

Postüberweisung ist jedoch nur zulässig nach allen Orten
Deutschlands und Oesterreichs. Nach den übrigen Ländern
ist nur der oben erwähnte Weg der Zufendung unter
Streifenband möglich.

Reklamationen bei verspätetem Eintreffen oder Fehlen
einzelner Zeitungsnummern sind stets nur bei dem betriebs-
wichtigen Postamt anzubringen, durch das die Zeitung
geliefert wird. Eine Meldung von Unregelmäßig-
keiten an unsere Expedition führt lediglich zu
Verzögerungen, da auch wir nur den Weg der
Reklamation bei der Post beschreiten können.

Expedition der Saale-Zeitung.

Oberhaus und Unterhaus.

Außerhalb der englischen Parlaments tritt die Spreng-
wirkung der englischen Schulreform immer deutlicher in die
Erkenntnis, und man treibt da beständig neuen Einflüsse der
Regierung, das neue Gesetz im Unterhaus durchzubringen,
was bei ihrer großen Majorität in ihrer Macht steht, einem
Konflikte mit dem Oberhaus entgegen, der leicht von den
weittragenden Folgen begleitet sein kann. Gleich daher,
wie die Annahme des Gesetzes im Unterhaus ist, ebenso
sicher ist dessen Ablehnung im Oberhaus, und der britischen
Regierung dürfte dann kaum etwas anderes übrig bleiben,
als neuerdings an die Wähler zu appellieren. Unmöglich
ist es allerdings nicht und vielfach hält man es sogar für
höchst wahrscheinlich, daß die Regierung einen anderen
Ausweg einschlagen wird. Neuwahlen sind immer eine Art
Lotteriespiel, und die Liberalen dürften kaum Lust haben,
das kaum Gewonnene wieder in die Schänzen zu schlagen.
Es ist darum möglich, daß die Regierung die Sache nur
so weit auf die Spitze treibt, um den Nonkonformisten,
denen sie hauptsächlich ihren Wahlsieg zu verdanken hat,
nach erfolgter Verwerfung der Bill durch die Lords zu er-
klären, sie habe ihr Möglichstes getan und müsse sich vor-
ziehen mit der Entscheidung des Oberhauses zufrieden zu sein,
um andere dringende Fragen zu erledigen und dann die
vermohrene Bill von neuem einzubringen. Ob dieser all-
dings radikale Ausweg eingeschlagen werden wird, ist frag-
lich. Abgesehen von den Nonkonformisten würde er auch
den radikalen Flügel der Partei sicherlich nicht genehm sein,
und heute schon ersieht man die Gefahr der Auf, die kom-
mende Gelegenheit zu benutzen und den Kampf mit den
Lords, der doch einmal ausgedient werden mußte, aus-
zusehen. Der Labourer sagt diesbezüglich, wie uns aus
London berichtet wird, in seiner Wochenchrift „Truth“
nachdem er auf die Verwerfung des Nachtgesetzes zum
Freiengedanke und die ganze feindselige Haltung der
goldenen Kammer gegen die selbige Regierung hingewiesen:

„Ich gestehe offen, es nicht zu bedauern, daß die Lords in
dieser Weise vorgehen. Ich bin immer dafür gewesen, dem
Haus der Lords ein Ende zu machen. Selbst angenommen,
daß eine Dore Kammer wünschenswert ist, so sollte diese
Wahrentwärtigen einer einzigen der vielen religiösen Sekten
zusammengesetzt sein. Die Einwendungen, die gegen eine
solche Kammer erhoben werden können, liegen auf der Hand.
Unsere erblichen Räte sind hauptsächlich reiche Landbesitzer
und haben, abgesehen davon, keinen repräsentativen Charakter;
sie sind auch nicht in untrügender Beziehung mit der öffentlichen

Meinung und als Großgrundbesitzer innerpolitischen Fragen
gegenüber befangen. Ihre Zahl wird durch Schaffung neuer
Räteverhältnisse vermindert, die entweder gegen Verabsachung für
die Parteifonds verliehen werden oder dazu dienen, um
Minister, die sich als unfähig erweisen haben, los zu werden.
Im Oberhaus befinden sich unruhige Männer von hervor-
ragender politischer und administrativer Begabung. Aber
die große Majorität der oben Genannten würde nie zu Ge-
schäften abgehen, wenn dies von der Befähigung und
von Wahlen abhängt. Was nur die Wünsche betrifft, so
läuft es dem Zeitgeist zumber, daß sich Priester und Pfaffen
überhaupt in die Staatsregierung einmischen, ebensowenig
wie man Staatsmänner erwartet sich in die Glaubensfragen
und Bekennnisse der verschiedenen Religionsgemeinschaften
einmischen zu lassen. Bei uns ist die Parteiregierung die
Regel. Wenn es nun schon ein Oberhaus gibt, so sollte
dieses so weit als möglich aus Männern bestehen, die ehrlieh
in Uebereinstimmung mit ihren Ansichten und im wahren
Interesse des Staates handeln, ohne von Parteinteressen
beeinflusst zu werden, oder von einem Parteiführer per-
sönliche Vorteile zu erwarten. Befänden sich unsere Räte in dieser
Lage? Nein. Im Gegenteil, die meisten von ihnen sind
Konservative im strengsten Sinne des Wortes. Sie sind
immer bestrebt, ihre eigene Partei ans Ruder zu bringen
und eine große Anzahl von ihnen hat direkt finanziellen
Vorteil daran, wenn es ihnen gelingt. Ist die im Ruder
befindliche Verwaltung konservativ, so geborchen sie ihr
blindlings; ist sie liberal, so bieten sie alle Kräfte auf, um
sie daran zu hindern, daß sie nach ihren eigenen Ansichten
handelt, und wenn sie nicht wagen, einen Geselentwurf zum
Scheitern zu bringen, so sapsen sie ihm das Lebensblut ab.
Sind sie der Ansicht, daß eine allgemeine Neuwahl von
Vorteil für ihre Partei wäre, so sapsen sie den ersten Weg
ein und provoizieren entweder eine Auflösung oder reduzieren
die Regierung auf eine lächerliche und verächtliche Stellung,
dann dies ist unsehbar das Ergebnis, wenn ein Kabinett ohne
Macht am Amt steht. Die Erziehung einer Volkskammer, die
in der Lage ist, Gesetzentwürfe, die von der Kammer am sie
gelangen, zu votieren oder zu verwerfen, vermag sich nicht
allein nicht mit der Selbstregierung der Nation, sondern
verträgt sich nur weniger mit dem vernünftigen Arbeiten des
Parteiorgans, das unserer Art und Weise entsprechend
dazu da ist, dem Gedanken der Selbstregierung Wirkung zu
geben. Von dieser Lasten mühte ich mich Gloriosa zu über-
zeugen. In seiner letzten Rede im Hause der Gemeinen
sagte er den Liberalen, daß sie niemals in Uebereinstimmung
mit ihren eigenen Ansichten zu regieren hoffen könnten, bis
der gesetzgebende Gewalt der Lords ein Ende
gemacht würde. Dieses parlamentarische Testament wurde
von der Partei, die er so lange geführt hatte, ignoriert, den
Lords wurde gestattet, mehrere Gesetzentwürfe abzulehnen
oder zu verfrümmeln. Die Liberalen beugten demüthig und
unterwürdig das Anie und dieses verächtliche Verhalten
wurde von denjenigen, welchen der liberale Fortschritt wirklich
am Herzen lag, so zornig empfunden, daß sie bei den
nächsten allgemeinen Neuwahlen die Liberalen gänzlich über
den Haufen warfen. So wird es immer geschehen, so lange
eine liberale Regierung von der Duldung der Lords lebt
bis unzureichende Räte und die Wünsche der englischen
Kirche ihrer gesetzgebenden Gewalt entleert sind. Das
gegenwärtige Parlament befindet sich erst in seiner dritten
Sitzung. Es ist lange her, daß Liberale oder Konservative
über eine so große Majorität im House of Commons
verfügen. Vereils hört man konservative Staatsmänner
und konservative Zeitungen sagen, daß diese Mehrheit
auf von einer Augenblickslänge der Wähler unterwürigen
liberalen Klige beruhe. Die Räte werden also ge-
drängt, ihre Gemeinen einen Schlag zu verfehlen, in
der Hoffnung, daß wir bald eine Parlamentsauflösung
haben werden. Es fragt sich noch sehr, ob es nicht für die
Zukunft der Demokratie besser wäre, wenn sie darauf ein-
ginge. Es darf keine Kompro mit ihnen gehen.
Es dürfen weder den Räten noch eine Augenblicke, nicht
eine Augenblicke bekommen. Es eher der Krieg zwischen
ihnen und der liberalen Partei in ihr eigenes Lager ge-
bracht wird, desto besser. Eine Auflösung ist gegenwärtig
nicht zu wünschen, denn das gegenwärtige Parlament muß
erst noch ordentliche Arbeit tun, bevor es zu Ende kommt.
Aber es kann diese Arbeit erst dann tun, wenn für immer
die Wurg zerfällt, in welcher die Konservativen dann Luftsch
suchen, und die Liberalen im Aufsteig begriffen sind, und
aus der sie immerfort Ausfälle machen, um für ihre im
Unterbaue überworfenen Freunde einen Guerillakrieg zu
führen. Wenn wir das Spule von Lords losgeworden sind,
wird es an der Zeit sein, sich zu fragen, ob man ein
zwei gesetzgebende Kammern haben will. Fällt die Antwort
zu Gunsten der ersten Alternative aus, so wird es nicht
schwer sein, ein Oberhaus ins Leben zu rufen, das, während
es sich nützlich erweisen kann, doch unfähig sein würde,
Schaden zu stiften.“

Seit einigen Tagen waren in London Gerichte im Um-
lauf, daß Lord Ripon, der Lord Privy Seal (Träger des
Privatsiegel des Königs), aus dem Kabinett scheiden werde.
Die Sache schien sehr glaubwürdig. Lord Ripon ist Katholik,
und der nunmehr bei der Abstimmung am Montag offenbar
gewordene Entschluß der Regierung, sich auf kein Kompro-
miss einzulassen, macht es ihm bei der Kriegserklärung
der katholischen Kirchenführer, die Mill bis aus Meier an-
gehören. In der Tat glaubte man, daß Lord Ripon bereits
in der letzten Sitzung des Ministerrates seinen Rücktritt
angemeldet hätte. Dies ist aber nicht geschehen und Lord
Ripon hat selbst die seinen Rücktritt betreffenden Gerüchte
dementiert.

„Der Sieg“ beim Schulgesetz.
Der Ausgang der Schulaktion im Preussischen Landtage hat,
wie zu erwarten war, bei den Nationalliberalen im Lande keines-
wegs die große Befriedigung hervorgerufen, mit der die parla-
mentarische Landtagsfraktion auf den „glücklichen“ Ausgang des
Kompromisses zurückblickt. Der „Hamb. Corr.“ berichtet über
diesen Vorfall, der kürzlich in „Lina“ veröffentlicht wurde, daß die
Nationalliberalen in diesem, wie in allen anderen großen Missionen
der parlamentarischen Session „gefrüht“ haben. „In Wahrheit
sind sie“, schreibt das nationalliberale Blatt, „obwohl sie einige
Beförderungen des Entschlusses durchgehoben, oder ihm wenigstens
einige Begünstigungen angedeihet haben, die „Musselbraten“, und
Kämpfer der „Linnell Herr v. Zedlitz, der Vater des Kompro-
misses, mangelte der rücksichtlose Geilt, der im preussischen
Kulturministerium unverwundlich als Irrenden im Leben treibt
— der Geist des Alexikollismus.“ — Das Blatt verurteilt keines-
wegs die großen Schulreformer, die von der Durchführung eines
wirklich liberalen Schulgesetzes in dem reaktionären preussischen
Landtage entgegenhalten. „Aber“, sagt es hinzu, „das ändert
nichts an der Forderung, daß eine Partei, die sich liberal nennt,
das Bestmögliche tun solle, was die Nationalliberalen der
Regierung zu führen setzt haben, nun und nimmer hätten
bringen dürfen.“

So wie der „Hamb. Corr.“ denken auch viele andere hervor-
ragende Organe der Partei, wenn sie auch aus begrifflicher
Betrachtung ihrer Wichtigkeit einen weniger scharfen Ausdruck
finden. Auch die „Lina“ ist, wie man sieht, bei der Frage
der konstitutionellen Bestimmungen, die Partei nicht den geringsten
Erfolg erzielt habe. Das berücksichtigte Verlangen, daß der
Simultanschluß dieselbe Freiheit der Entscheidung gegeben werde
wie der Konstitutionsschluß, erhalte das Gesetz auch in seiner end-
gültigen Gestalt nicht. Das Gesetz enthalte eine „Re-
sistenz“, die in „a“ zwar nicht eine Verhinderung gegenüber
dem herrschenden Zustand, wohl aber gegenüber dem geltenden
Recht, die wie auch an dieser Stelle auf sie feste bedauerlich
müssen.“

angemeldet hätte. Dies ist aber nicht geschehen und Lord
Ripon hat selbst die seinen Rücktritt betreffenden Gerüchte
dementiert.

Deutsches Reich.

Sol- und Personalnachrichten.

— Bring Genrich von Brechen tritt heute einem
Umlauf an, der bis zum 16. Juni dauert, und nimmt im Anschluß
daran als Vertreter des Staates an der Kronmünzfeier des Königs
Oslo von Norwegen in Drontheim teil.

Zur Geschichte des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses

teilt Dr. Marzall im Juni-Heft der „Deutschen Revue“ einige
ungeordnete Stücke aus dem Nachlasse des Grafen Kurat
mit, darunter einen Bericht Emanuel Kowisch, der am Tage nach
der Publikation des Bündnisvertrages, also am 4. Februar 1879,
den damals schon im Ruhestand lebenden Grafen Andrássy be-
trifft. Der Graf erzählt dabei folgendes: „Bismarcks An-
näherung an Oesterreich fällt in die Zeit der großen preussischen
Siege in Frankreich. Ich ließ bereits ziemlich lange vor 1879
Bismarck wissen, daß ich bereit sei, einen solchen Vertrag abzu-
schließen, wie er später wirklich zustande kam; er nahm aber
meine Anerbietungen nicht in Betracht (hierzu von der Hand
Andrássy v. Dezzsig die Handbemerkung: „Falsch“). Im Sommer
1879 trafen wir in Genua zusammen. Auch hier trachtete ich
vergebens, ihn von der Notwendigkeit eines solchen Bündnisses zu
überzeugen. Ihn von der Notwendigkeit eines solchen Bündnisses zu
überzeugen, ist für mich schon im Vernein abgefallen, als auf das
Gericht, daß ein Bündnis zwischen Rußland und
Oesterreich-Ungarn vorzuziehen sei, Bismarck mit
sagen ließ, daß er bereit sei, mit mir zu verhandeln. Ich
wollte um seinen Vernein erwidern, daß im Falle eines
deutsch-französischen Krieges wir Oesterreich-Ungarn
intervenieren sollen. „Obne Respekt vor solchen ich
kein Bündnis“ waren Bismarcks Worte. Endlich begann
er doch darauf einzugehen. Im September erhielt ich die Nach-
richt, daß er nach Wien komme. Ich erwartete ihn am Volten-
tag, als wir im Wagen Hinz und wieder, bis Bismarck an, daß
zu seinem großen Bedauern, daß im Falle eines
Krieges, wie ich es wollte, nicht zustande kommen könne. Es berührte
mich sehr, daß das Bündnis „Hoch Bismarck“, „Hoch Andrássy“
sagte, während Bismarck mir lobend laut: „Du bist bis
Mitternacht bei ihm im Hotel Imperial. Wir konnten nicht überre-
kommen. In Genua angelangt, erwiderte ich in meinem Zimmer
einen aus Wien gekommenen Brief, der mir einen auswärts an
Brief Bismarcks überbrachte. In diesem erklärte der deutsche
Kaiser, daß er das Bündnis ohne Respekt nicht abschließen
wolle. Tags darauf habe ich zu Bismarck. Er appellierte an die Ver-
schickte, die ihn verurteilen würde, ohne er ein solches Ver-
hältnis ein. Ich tat dasselbe. Ich sagte aber hinzu, ich bin
überdies im Geben. Ich verhoffe das Bündnis nicht; es ist
schlecht, das mein Nachfolger die geforderte Bedingung annimmt,
aber ich sehe meinen Namen nicht unter einem solchen Vertrag.
„Lebe ruhig Sie ich“, sagte er darauf mit großem Ernst,
und wie drohend fuhr er mit harter Stimme fort, „denn wenn
Sie meinen Standpunkt nicht akzeptieren (bei diesen
Worten überließ mich der Schweiß darüber, was für eine
Prognose wohl folgen werde), so — ich muß ich es
sagen — ich werde mich nicht annehmen. Bleibt mir meine Dase.“
Im Uhr eine er zu seiner Absicht. Ich war später bei dem Monarchen,
der mir seine große Freude über das Gelingen der Sache ausdrückte.“

Die „Sieger“ beim Schulgesetz.

Der Ausgang der Schulaktion im Preussischen Landtage hat,
wie zu erwarten war, bei den Nationalliberalen im Lande keines-
wegs die große Befriedigung hervorgerufen, mit der die parla-
mentarische Landtagsfraktion auf den „glücklichen“ Ausgang des
Kompromisses zurückblickt. Der „Hamb. Corr.“ berichtet über
diesen Vorfall, der kürzlich in „Lina“ veröffentlicht wurde, daß die
Nationalliberalen in diesem, wie in allen anderen großen Missionen
der parlamentarischen Session „gefrüht“ haben. „In Wahrheit
sind sie“, schreibt das nationalliberale Blatt, „obwohl sie einige
Beförderungen des Entschlusses durchgehoben, oder ihm wenigstens
einige Begünstigungen angedeihet haben, die „Musselbraten“, und
Kämpfer der „Linnell Herr v. Zedlitz, der Vater des Kompro-
misses, mangelte der rücksichtlose Geilt, der im preussischen
Kulturministerium unverwundlich als Irrenden im Leben treibt
— der Geist des Alexikollismus.“ — Das Blatt verurteilt keines-
wegs die großen Schulreformer, die von der Durchführung eines
wirklich liberalen Schulgesetzes in dem reaktionären preussischen
Landtage entgegenhalten. „Aber“, sagt es hinzu, „das ändert
nichts an der Forderung, daß eine Partei, die sich liberal nennt,
das Bestmögliche tun solle, was die Nationalliberalen der
Regierung zu führen setzt haben, nun und nimmer hätten
bringen dürfen.“

So wie der „Hamb. Corr.“ denken auch viele andere hervor-
ragende Organe der Partei, wenn sie auch aus begrifflicher
Betrachtung ihrer Wichtigkeit einen weniger scharfen Ausdruck
finden. Auch die „Lina“ ist, wie man sieht, bei der Frage
der konstitutionellen Bestimmungen, die Partei nicht den geringsten
Erfolg erzielt habe. Das berücksichtigte Verlangen, daß der
Simultanschluß dieselbe Freiheit der Entscheidung gegeben werde
wie der Konstitutionsschluß, erhalte das Gesetz auch in seiner end-
gültigen Gestalt nicht. Das Gesetz enthalte eine „Re-
sistenz“, die in „a“ zwar nicht eine Verhinderung gegenüber
dem herrschenden Zustand, wohl aber gegenüber dem geltenden
Recht, die wie auch an dieser Stelle auf sie feste bedauerlich
müssen.“

In Wahrheit sind gar nicht die Nationalliberalen diejenigen,
die durch das Kompromiss etwas erreicht haben, sondern das
Zentrum. Die Herkule „Schul. Volkst.“ registriert als Ge-
genstand des langwierigen Schulgesetzes mit schlichter Bemerkung
das folgende: „Für die oben überführten Schulreformer kann das den
Einbruch erweisen, als ob das Zentrum hier das höchste Maß an
Wagen gewesen und gar nicht in Betracht gekommen sei. Dem
ist aber durchaus nicht so. Was Gutes an dem Gesetz ist,
das haben die Regierung und die Konservativen
an dem Zentrum zu verdanken, denn die National-
liberalen hätten bei dem letzten Entwurf ihrer tabellen jungen
Elemente niemals so viel Unterstützung gemacht, wenn nicht die
Möglichkeit, daß das Gesetz ohne sie mit der Regierung gemacht
würde, einen entscheidenden Druck gegen sie ausüben hätte.“

...denn dann heraus, daß man anstatt Kognol Schwefelöl...

...Wieder, 1. Juni. [Kriegsbericht] ...

...Wieder, 1. Juni. [Witwenklagen] ...

...Wieder, 1. Juni. [Wiederholungen] ...

...zu vergeben. In diesem Sinne hat das Kreisgericht...

...Nächste Sitzung: Freitag 9/4 Uhr vormittags.

...Kontinuität und Kritik...

...legen und diese für unvollkommen vor Gericht erklären lassen werde.

...Ein netter Brief...

Berichtsverhandlungen.

Der Fall Oberst v. D. Säger vor Gericht.

(Efter Verhandlung.)

Hg. Dortmund, 31. Mai.

In der heutigen Verhandlung geht der Vorsitzende Land...

Doch Säger wirkt in seiner zweiten Rede dem Genera...

Seine Generalantritt v. Widenhoff: Ich habe die Beschwerde...

Wider die Zulässigkeit der Zurücklegung einer Beschwerde...

Bei. Justizrat Dr. Wallach I (Effen): Weshalb haben Sie Ihre...

Seine Major Schmidt: Ich bin nicht verpflichtet, wenn ich...

Bei. Justizrat Dr. Wallach I (Effen): Sie müssen doch wissen...

Seine Major Schmidt: Ich hielt es für einfacher.

Bei. Justizrat Dr. Wallach I (Effen): Und das halten Sie für...

Seine Major Schmidt: Ich bin doch hier nicht als...

...Verlobung im Hause Krupp. Die rechte Erb-Deutschlands...

...Die Simphonisten. Aus Dombold'sola besteht die Köln...

